

Stettiner Zeitung.

Nr. 320.

Abendblatt. Sonnabend, den 11. Juli

1868.

Deutschland.

Berlin, 10. Juli. Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen, daß die friedlichen Aeußerungen, welche die französischen Minister in letzter Zeit im legislativen Körper gemacht haben, nicht ohne gewisse Vorbehalte sind. Es ist nicht zu leugnen, daß einige dieser Aeußerungen einer Mißdeutung fähig sind, der Mißdeutung nämlich, daß die Rüstungen in Frankreich zwar in erster Reihe einen defensiven Charakter tragen, daß sie aber auch, insofern der Minister Rouher von der Verteidigung nicht nur des Gebiets, sondern auch der Würde, der Ehre und des Einflusses Frankreichs gesprochen hat, bestimmt sein könnten, um eine größere Einigung Deutschlands, als bisher erreicht ist, zu verhindern. Allerdings ist die Stellung der französischen Regierung der Art, daß sie auf verschiedene Parteien Rücksicht zu nehmen hat, die entweder in der Durchführung begriffenen neuen Militärorganisation abgeneigt sind, oder Regierung zu einem offensiven Vorgehen drängen oder endlich der Regierung den Vorwurf machen, daß sie dem Auslande gegenüber zu großer Nachgiebigkeit zeige. Die Aeußerungen der Minister mögen daher auch jedenfalls mit darauf berechnet gewesen sein, diesen Parteien so viel als möglich Rechnung zu tragen. Unter diesen Verhältnissen wird es gut sein, andere gewichtige Stimmen in Frankreich nicht zu übersehen, die sich in der friedlichen Richtung äußern. Dahin gehört u. A. die Stimme des Herzogs v. Valmy, der sich in einem Artikel der „Revue contemporaine“ entschieden für den Frieden ausspricht. Er sagt darin ausdrücklich, Frankreich verlange von der Dynastie Napoleons, daß das Kaiserreich der Friede sei, daß nicht die Ruhmesliebe die erbliche Leidenschaft dieser Dynastie sei, sondern daß dem kriegerischen der friedliche Geist Platz mache. Auch darauf macht der Verfasser aufmerksam, daß wenn Frankreich Preußen angreifen sollte, es nicht nur die ganze öffentliche Meinung Deutschlands, sondern auch Frankreich gegen sich haben würde. Der Herzog v. Valmy ist bekanntlich ein großer Anhänger und Vertheidiger der Napoleonischen Dynastie und man darf daher aus seinem Artikel wohl den Schluß ziehen, daß in entscheidenden Krisen Frankreichs die friedliche Stimmung vorherrscht. — Der oft leidenschaftlichen und erregten Sprache einzelner französischer Blätter gegenüber mag bemerkt werden, daß wo französische und preußische Militärs zusammenkommen, sich immer der Geist großer vitterlichen Entgegenkommens zeigt. Es könnte auf mehrere dergleichen Fälle hingewiesen werden, in denen man hier nur der letzte Vorgang der Art erwähnt werden. Das norddeutsche Kanonenboot „Blitz“ traf auf hoher See den Aviso der französischen Kriegsmarine, „Espadon“, der aus Mangel an Kohlen seine Fahrt nicht fortsetzen konnte. Der Kommandant des „Blitz“, Kapitän Lieut. Jung, kam dem Kommandanten des französischen Schiffes mit großer Bereitwilligkeit entgegen und half ihm sofort mit Kohlen aus, so daß derselbe seine Fahrt nach London fortsetzen konnte. Der Kommandant des französischen Schiffes hat mit großer Anerkennung für die ihm geleisteten Dienste dem französischen Ministerium Bericht erstattet, das jetzt in der wärmsten Weise seinen Dank ausgesprochen hat. — Die „Zeitschrift“ zweifelt an der Publikation des Nothgewerbesgesetzes, indem sie, wie es scheint, annimmt, daß es die Kontratsignatur des Grafen Bismarck nicht erhalten werde. Bekanntlich ist nach S. 5 der Verfassung des norddeutschen Bundes nur die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse des Bundesraths und des Reichstags zu einem Bundesgesetz erforderlich und ausreichend. Andererseits hat die preussische Regierung ihr Votum für das Gesetz abgegeben und es ist demnach natürlich, daß dies nicht ohne Einverständnis mit dem Grafen Bismarck geschehen ist, der ja als Ministerpräsident an der Spitze der preussischen Regierung steht. Der Zweifel ist also ganz ungerechtfertigt. — Bei Abschluß des Vertrages zwischen dem norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten über die Staatsangehörigkeit der Ausgewanderten vom 22. Februar d. J. hat die Absicht vorgewaltet, daß in Gemäßheit des Art. 2 des Vertrags die durch unzulässige Auswanderung eines Bundesangehörigen verübte strafbare Handlung bei der Rückkehr des Betreffenden nach 5jähriger Abwesenheit in den Vereinigten Staaten keinen Grund zu einer strafrechtlichen Verfolgung geben und daß die deshalb rechtskräftig erkannte Strafe nicht zur Vollstreckung bei der Rückkehr kommen soll, wenn derselbe in Amerika das Heimathrecht erworben hat. Der Minister des Innern hat nun die Regierungen angewiesen, in den bezeichneten Fällen von dem Antrag auf Einleitung einer Untersuchung, überhaupt von einer Verfolgung Abstand zu nehmen. Dergleichen hat der Justizminister die Justizbehörden mit Anweisung versehen, daß überall da, wo rechtskräftige Verurtheilungen dieser Art bereits vorliegen, von Amtswegen über den Verlaß der erkannten Strafen und Kosten im Gnadenwege zu berichten sei. — Das „Frankfurter Journal“ meldet, daß im letzten Ministerath bei Gelegenheit der Berathung über Todesurtheile auch die Frage der Abschaffung der Todesstrafe zur Verhandlung gekommen sei. Diese Nachricht ist vollständig unbegründet. — Im Wahlbezirk Posen-Dobornik sind dieselben beiden Abgeordneten, deren Wahlen im Abgeordnetenhaus für ungültig erklärt wurden, Tempelhoff und Witt nämlich, wieder gewählt worden. Die Deutschen haben also den Sieg über die Polen davon getragen, in einem Wahlbezirk, wo früher in der Regel das Gegentheil stattfand. — Es ist aus der Zusammenstellung der bis Ende des Jahres 1865 von den Auseinandersetzungsbehörden ausgeführten Regulierungen, Abfindungen und Gemeinheittheilungen eine Berechnung des Abfindungs-Kapitals vorgenommen worden. Wird hierbei als Basis angenommen der Werth des Morgens Kulturlandes mit 20 Thlr., des Morgens Forstlandes mit 10 Thlr. und der Scheffel des Roggens mit 1 Thlr., so stellt sich bei zwanzigfacher Kapitalisierung folgendes Abfindungs-Kapital heraus: an Baar-Kapital-Ab-

findung von den Auseinandersetzungsbehörden 38 1/2 Millionen, an Rentenbriefen-Kapital-Abfindungen 79 1/2 Mill. Thlr., an Schuldverschreibungen der Paderbornischen und Eichsfelder Tilgungskasse 3 Mill. Thlr., an Roggen-Rente Kapitalistik 6 1/2 Mill. Thlr., an Domänen-Renten-Abfindungs-Kapital 7 1/2 Mill. Thlr., an Forst-Kapital-Abfindung 4 Mill. Thlr., an Forst-Renten Kapitalistik 4 1/2 Mill. Thlr., an Forstland-Abfindung 1 Mill. Thlr., an Landabfindung 33 Mill. Thlr., an Baar-Kapital-Abfindung des Domänen-Fiskus 2 1/2 Mill. Thlr., zusammen 214 Mill. Thlr. Die durchschnittliche Größe einer regulirten Besitzung beträgt im ganzen Staate 66 Morgen, nach den einzelnen Landestheilen in Preußen 77 Morgen, Pommern 112 Morgen, Posen 55, der Mark 100, Lausitz 57 und Schlesien 25 Morgen. In den westlichen Provinzen gab es überhaupt keine der Regulirung zu unterwerfende Besitzung; auch in der Provinz Sachsen sind deren nur 3 gefunden worden.

Berlin, 11. Juli. Sr. Majestät der König und die Königin und die in Potsdam anwesenden Herrschaften machten am Donnerstag Nachmittags auf dem Dampfschiff „Alexandra“ eine Luftfahrt nach der Pfaueninsel und nahmen daselbst vor dem Schloßchen den Thee ein. Der König nahm gestern Abend auf Schloß Babelsberg Melodien und darauf Vorträge des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Pückler, des Polizeipräsidenten von Wurm, des Haus-Ministers von Schleinitz, des Chefs des Militär-Kabinetts von Tressow entgegen und ertheilte dann Audienz. Zum Diner waren geladen der englische Botschafter Lord Loftus und Gemahlin, der Haus-Minister von Schleinitz und Gemahlin, der österreichische Militär-Bevollmächtigte Rittmeister Graf Urfull, Gyllenband u. A. Abends war Thee-Gesellschaft im Schloß Sanssouci und erschien in derselben auch die Prinzessin Friedrich der Niederlande mit der Tochter Prinzessin Marie.

Der Kronprinz ist gestern von der Inspektionsreise im Bereiche des II. Armeekorps nach Potsdam zurückgekehrt und wird heute, wie schon mitgetheilt, sich nach Reinsdorfbrunn begeben.

Berlin, 10. Juli. Wie die „Kreuztg.“ hört, gehen aus allen Landestheilen in Bargin täglich eine Menge an den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck gerichteter Zuschriften ein, in welchen seine geschäftliche Vermittelung zur Erfüllung persönlicher Wünsche in Anspruch genommen wird. Da dem Herrn Ministerpräsidenten aber jede geschäftliche Thätigkeit ärztlich auf das Strengste untersagt, irgend eine Schreibhülle auch in Bargin nicht vorhanden ist, so hat die Anordnung getroffen werden müssen, daß alle dort eingehenden Briefe un eröffnet nach Berlin zur ressortmäßigen Erledigung besördert werden. Diejenigen Personen also, welche den Gesundheitszustand des Herrn Ministerpräsidenten ignorirend, den Letzteren mit Gesuchen zu behelligen beabsichtigen, werden in jedem Falle Zeit ersparen, wenn sie ihre Anträge direkt nach Berlin richten.

Aus dem preussischen stehenden Heere schieden während des Zeitraums vom 1. Januar bis ultimo Juni d. J. in Folge von Pensionirung, Abchiedsbewilligungen, sowie Befehls Uebertritts in fremdberliche Dienste u. s. w. 189 Offiziere aus. Darunter befanden sich: 8 General-Lieutenants, 17 General-Majore, 14 Oberst-Lieutenants, 43 Majore, 30 Hauptleute und 60 Premier- und Sekonde-Lieutenants.

Die Prüfungen der Mähe-Maschinen wurden diesen Donnerstag auf der Feldmark zu Deutsch-Wilmersdorf fortgesetzt. Die meisten vorgeführten Maschinen arbeiteten im Durchschnitt gut, eine wurde zurückgezogen. Eine Maschine der hiesigen Maschinenbau-Anstalt von H. J. Eckert übertraf die höchste Geschwindigkeit der Samuelson'schen englischen Maschine (in 21 Minuten eine Morgen Getreide abzumähen) noch um 3 Minuten. Das Urtheil der Preisrichter ging dahin, daß von den Maschinen mit selbstthätiger Ablege-Vorrichtung, diejenigen der Herren H. J. Eckert, Samuelson u. Comp., der Stralsunder Fabrik, ferner die Maschine der Herren Witzes Bergmann u. Comp., welche den Samuelson'schen Ablege-Apparat beibehalten hat und eine der Maschinen von N. Jepsen Sohn zur engeren Konkurrenz zugelassen werden sollen. Diese engeren Prüfungen werden am Sonabend auf dem Versuchsfelde zu Deutsch-Wilmersdorf abgehalten. Heute (Freitag) fand auf der Feldmark am Füßendamm hinter dem Zoologischen Garten die Prüfung der Gras-Mähe-Maschinen statt.

Der demokratische Wahlverein in Frankfurt a. M. hat in seiner Versammlung vom 6. Juli folgende Resolution vorgeschlagen: „Der demokratische Wahlverein zu Frankfurt a. M. findet in dem Programm Johann Jacoby's und in der daselbst erläuterten Rede vom 30. Januar einen eben so würdigen als treuen Ausdruck der Grundsätze und Ziele der Demokratie im Allgemeinen, der Verein hält es jedoch für wünschenswerth und nothwendig, daß die deutsche Demokratie insbesondere sich über die unmittelbaren Ziele ihres gemeinsamen Strebens sowie über die Mittel und Wege zur Erreichung dieser Ziele durch Besichtigung einer Delegirtenversammlung zu verständigen suche.“

Bei der am 8. d. M. in Ducrowano-Goslin stattgehabten Nachwahl zweier Abgeordneten zum preussischen Abgeordnetenhaus sind die früheren Abgeordneten v. Tempelhoff-Dombrowski mit 174 gegen 171 und Witt-Bogdanow mit 175 gegen 170 Stimmen gewählt worden. (Ihre Wahl war am 26. Februar wegen Formfehler für ungültig erklärt worden.) Die polnischen Gegenkandidaten waren die Herren Kreisrichter v. Rafowski aus Rogasen und v. Zawadzki aus Samter.

In den früheren hannoverschen Archiven hat sich, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, eine vom Erbprinz Georg erlassene geheime Kabinettsordre gefunden, von welcher diejenige Vermerk nehmen mögen, welche in ihren Vermladen über preussische Bergwal-

tigung die alte Welsenwirtschaft als ein Muster von Sanftmuth und Milde verherrlichen. Die Ordre, welche sich an die Minister des Hauses, der Finanzen und des Handels adreßirt, lautet: Da die politischen Umtriebe, welche jetzt an einigen Orten Meines Königreiches für Bildung eines deutschen Parlaments und für Unterordnung der übrigen deutschen Staaten unter die Hegemonie Preußens stattfinden, geradezu auf Zerstörung der jetzt bestehenden Bundesverfassung und auf Vernichtung der Souveränität der einzelnen deutschen Staaten gerichtet sind und nur die unglücklichen Verwirrungen des Jahres 1848 für ganz Deutschland wieder heraufbeschwören müssen, so beauftrage Ich Meinen Minister Meines Hauses, der Finanzen und des Handels, um diesen Bestrebungen entgegen zu wirken, die Unterzeichner solcher Aufrufe und Erklärungen — deren Namen von dem Ministerium des Innern förderjamst den übrigen Ministerien zur Kenntnissnahme mitgetheilt werden sollen — ohne Meine ausdrückliche Genehmigung bei keiner Anstellung, Beförderung, Gehaltsverbesserung oder sonstigen Gnadenbezeugung zu berücksichtigen, sowie bei keiner Pachtung, Lieferung oder Arbeitsleistung zuzulassen, sondern vielmehr, wo derartige Verhältnisse bestehen, welche gelöst werden können, solche, sobald irgend thunlich, wieder aufzuheben. Norderney, den 22. August 1859. (gez.) Georg R. — Das zu dieser Kabinetts-Ordre gehörige schwarze Buch, welches sehr splendid auf Folio-Papier gedruckt ist, enthält etwa 750 Personen, welche in solcher Weise für ihre Lebenszeit verschämt wurden. Es sind Personen aus allen Städten und Ständen des hannoverschen Landes. Die besonders gefährlichen, welche als Urheber der betreffenden Aufrufe bezeichnet werden, sind mit einem Kreuze gekennzeichnet.

Goldap, 9. Juli. Gewitter und Hagelschlag haben in hiesiger Umgegend starke Verwüstungen angerichtet, besonders in der Dorfschaft Büttkubahn, wo sämmtliche Getreidefelder durch Ueberschwemmung und Versandung der Wiesen ruiniert sind.

Stuttgart, 10. Juli. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die offiziellen Resultate der Landtagswahlen. Von der Gesamtzahl von 48 Gewählten gehören 20 der demokratischen, 6 der national liberalen und 15 der großdeutschen und regierungsfreundlichen Partei an. In 7 Kreisen müssen Nachwahlen stattfinden. Unter den Gewählten befindet sich der Prof. Römer.

Augsburg, 7. Juli. Die „Kempt. Ztg.“ erstattet ausführlich Bericht über die dem Abgeordneten Dr. Böll in Immenstadt, dem Mittelpunkt seines Zollparlamentarwahlkreises, veranstaltete Ovation. In 20 Eisenbahnwaggons fuhr die Festgenossen aus Jony, Memmingen, Kaufbeuren, Augsburg, Ulm, Kempten u. gemeinschaftlich von Kempten nach Immenstadt, auf den Zwischenstationen mit Böllerschüssen, reichem Flaggen Schmuck, Musik begrüßt. Auf dem Bahnhofe in Immenstadt waren die Gesangvereine der Stadt und Umgegend mit Standarten und Abzeichen erschienen, die Turner hielten Ordnung, und durch dicht gedrängte Massen bewegte sich der Zug in die festlich geschmückte und mit den deutschen, bairischen, Immenstadter Flaggen (auch in den Farben des norddeutschen Bundes zeigte sich einige mächtige Flaggen) reich gezierter Stadt, auf deren Marktplatz eine Versammlung abgehalten wurde. Nach einem von den Sängern Kempten's, Immenstadt's und den benachbarten Gesangvereinen ausgeführten Chore und einer Begrüßungsrede Herrn Schniger's sen. hielt Dr. Böll eine Rede an seine Wähler. Anknüpfend an eine Strophe eines von den Gesangvereinen gesungenen Liedes, welche lautete:

„s'läßt sich kurz zusammenfassen,
Wir wollen nicht von Preußen lassen“

warf der Redner die Frage auf: Warum wollen wir nicht von Preußen lassen? und sagte hierüber:
Ist es Laune, Schwäche, Geringschätzung unserer selbst und unseres Heimathlandes oder ist es unsere Blindheit vor den Mängeln, die dort herrschen, die wir kennen und beklagen, wie sie bekannt und beklagt werden von Allen dort im Lande, welche offenen Auges sind? — Nichts von alledem! Aber die klare Erkenntniß ist es, die in uns lebt, daß nur dem Staate, welcher aus eigener Kraft von geringen Anfängen an emporgewachsen und jetzt ein schlagendes Dach bildet für 30 Millionen stammverwandte Brüder, daß diesem Staate, ihm vor Allen und ihm allein der Beruf zukomme und die Macht innewohne, das begonnene Werk der Neugeburt des deutschen Nationalstaates zu vollenden! Sei es nicht der Gipfel aller erdenklichen Thorheit, wenn von gewisser Seite und überdies im Namen der Freiheit die Parole ausgegeben werde, die erste Aufgabe sei, Preußen zu schwächen, zu vernichten, „in seine Atome aufzulösen“? — Meine Herren! Das wird sich nicht machen lassen. Der Staat Friedrich des Großen! — ein Volk, ein Staat, die gewachsen und geworden sind, wie Preußen, die lassen sich nicht so nach Belieben in „ihre Atome auflösen“. Das thut der Staat nicht, dessen Zielpunkt, nach Volke's jüngsten Worten, schon heute dahin geht, den Frieden Europa's thätkräftig zu erhalten und zu sichern. Man spreche von Militarismus — müsse ein Staat, den man „in seine Atome auflösen wollte“, nicht gerichtet sein? Und abgesehen hiervon, sei nicht das preussische Meer, wie oft auch der Ausdruck gebraucht wurde, der Sammelpunkt der Intelligenz? Jeder, der Sohn des Reichthums wie des Armuten zum Dienste für das Vaterland verpflichtet: wo sei da die Unfreiheit, das Unrecht? Und wenn Baiern diesem Grundgesetz jetzt gleichfalls huldigt, ist es nicht ein mächtiger Schritt vorwärts? — „Stramm“ allerdings sei das preussische Staatswesen; es gehe ein sparsamer, auf rastloses, unermüdetes Schaffen und Arbeiten gerichteter Zug durch die Bevölkerung; aber dieselbe werde auch von einem Staatsbewußtsein, von einem nothwendigen Selbstgefühl, einem Begriffe nationaler Würde und Ehre getragen, welche — nicht überall in gleichem Maße zu finden sind. Stehe nun einst das geeinigte große Vaterland auf derselben Grundlage nationaler Selbstständigkeit und nationalen Selbstgefühls da, so sei ja auch unentbehrlich, daß das Volk in Waffen sich in der Weise jener Nation zur Schmiebung seiner eigenen Ketten mißbrauchen lasse; jener Nation, welche nicht einmal im Stande sei, die allgemeine Wehrpflicht bei sich einzuführen, die allgemeine Wehrpflicht, deren man sich dort um ein paar Lumpige hundert Gulden entledigen könne! Weil wir diese unbestreitbaren Vorzüge bei Preußen erkennen; weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß nur mit Preußen der uns unentbehrliche deutsche Staat hergestellt werden könne; weil ferner alle einsichtigen Deutschen in Deffereich die einzige Möglichkeit einer bereinstimmigen Wiedervereinigung mit dem Gesamtkörper deutscher Nation darin erkennen, daß letztere sich fast zusammenschleie, statt in das frühere Trümmer- und Splitterwesen wieder auseinanderzu-

